

SYSTEMRELEVANT 179

IMK-Direktor Sebastian Dullien geht der Frage nach, ob der deutsche Sozialstaat sich ausbreitet, übermäßig viel kostet und wie dies sich im Vergleich zu anderen Staaten verhält.

[21.02.2024]

Marco Herack:

Heute ist Montag, der 19. Februar 2024. Willkommen zur 179. Ausgabe von Systemrelevant. Sebastian Dullien. Ich grüße dich.

Sebastian Dullien:

Hallo, Marco.

Marco Herack:

Du bist Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, bekannt als IMK bei der Hans-Böckler-Stiftung. Ich bin gespannt, mit wem ich die 180. Folge mache. Das habe ich nämlich noch nicht rausgefunden. Aber Sebastian, Danke knapp davor.

Sebastian Dullien:

Schade. Hätte ich noch mal eine Woche warten sollen, was?

Marco Herack:

Ja, noch ein Runder. Naja, vorweg wie immer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, könnt ihr uns beispielsweise auf X, dem ehemaligen Twitter antickern. @boeckler_de ist da unser Händel oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen bitte einfach einsenden und wir freuen uns, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert.

Mein Name ist Marco Herack und wir wollen uns heute über die staatlichen Sozialausgaben unterhalten. Denn sonderbarerweise wollen „alle“ die arme Wirtschaft retten. Und viele sehen dabei nun ausgerechnet die Ausgaben des Sozialstaates als Lösung. Das Ganze wurde dann durch die neue Problematik mit der Schuldenbremse im Haushalt nicht besser, sage ich mal vorsichtig. Jedenfalls die Sozialabgaben, die sind manchen wohl zu hoch und deswegen könne man da doch sparen. Deswegen bin ich ganz froh, Sebastian, dass sich das IMK das alles mal etwas näher angeschaut hat.

Also ihr habt euch angeschaut, wie viel Sozialausgaben Deutschland überhaupt hat und ob das irgendwie einer Besonderheit unterliegt, oder ob wir vielleicht gar nicht so hoch sind im Vergleich zu anderen. Aber vielleicht zum Einstieg. Was meint denn dieser Begriff Sozialausgaben? Was steckt denn da drin?

Sebastian Dullien:

Ja, Sozialausgaben, wie es jetzt die OECD benutzt. Also das ist die Industrieländer-Organisation, die vergleichende Daten für verschiedene Länder darstellt. Das ist im Grunde alles, was die sagen, selber: Also entweder das sind Umverteilung zwischen Haushalten mit Sozialausgaben bezweckt, oder es sind soziale Sicherungsprogramme, an denen der Großteil der Bevölkerung verpflichtend beteiligt wird. Das heißt, um das jetzt mal ein bisschen konkreter zu machen, das ist alles, was man jetzt meinetwegen Niedrig-Einkommens-Haushalten zahlt, was die Alten bekommen, was Menschen mit Behinderungen vom Staat bekommen. Kranke bekommen, Arbeitslose usw. Und üblicherweise wird auch die Krankenversicherung da mit einbezogen, denn das hat ja mit mit Krankheit zu tun und da ist eine Umverteilungskomponente drin. Und das heißt, wenn der Staat das betreibt, und bei uns werden ja die gesetzlichen Krankenversicherungen, die gehören zum Staatssektor, dann wird das auch als Sozialausgabe betrachtet. Das heißt im Grunde: Hier ist alles drin, von Rente bis zum Wohngeld, Kosten der Unterkunft von Sozialhilfe-Empfängerinnen und Empfängern.

Marco Herack:

Also die Energiepreislösung würde da nicht mit reinfallen.

Sebastian Dullien:

Die Energiepreislösung würde da nicht mit reinfallen. Aber natürlich so was wie das Elterngeld.

Marco Herack:

Wie hoch sind denn unsere Sozialausgaben in der Summe?

Sebastian Dullien:

Also ich habe jetzt nicht die Summe hier vor mir liegen. In den Medien wird immer wieder was von mehr als 1.000 Milliarden Euro kolportiert. Das hört sich nach einer sehr großen Summe an. Ehrlich gesagt, es kommt auch gar nicht so auf die genaue Zahl jetzt an, sondern es kommt eigentlich darauf an, wie groß sind diese Ausgaben relativ zur Wirtschaftsleistung in Deutschland. Weil damit wird man sie ja vergleichen. Macht ja keinen Sinn, dass ich jetzt die Sozialausgaben in Deutschland mit denen in den USA vergleiche, die eine viel größere Volkswirtschaft haben und auch nicht mit denen von Luxemburg. Also darum guckt man da auf den Anteil am Bruttoinlandsprodukt. Und da sind die letzten Zahlen, die wir haben: Für Deutschland liegen die bei 26,7 %. Das heißt, 26,7 % der deutschen Wirtschaftsleistung sind in der einen oder anderen Form als staatliche Sozialausgaben da gelaufen. Da gehören dann aber eben auch die Renten zu. Und die Renten sind ja im Grunde eine Umverteilung zwischen denen, die arbeiten zu denen, die früher gearbeitet und eingezahlt haben. Also dieser Transfer ist dann da quasi drin.

Marco Herack:

Klingt jetzt erstmal nicht viel, oder?

Sebastian Dullien:

Es kommt drauf an, wie du es siehst. Also die Leute, die das gerne kürzen möchten, die sagen 1000 Milliarden, das ist sehr viel und so viel war es noch nie. Und...

Marco Herack:

Naja gut, aber wir haben jetzt 26,7 % gesagt vom BIP. Das... Also nach der Diskussion hätte ich eher jetzt so mit 50 % gerechnet. Deswegen habe ich jetzt gesagt, das klingt jetzt erstmal nicht so viel.

Sebastian Dullien:

Also ich finde auch, dass das nicht so viel ist. Denn man muss sich jetzt fragen, was ist eigentlich ein vernünftiger Maßstab? Natürlich wäre es super, wenn wir alles umsonst kriegen würden, also wenn niemand was bezahlen müsste. Und trotzdem hätten wir super Gesundheitsvorsorge und Leute, die arbeitslos sind, hätten genug, um leben zu können usw. Aber so funktioniert es natürlich nicht und von daher ist ein guter Maßstab eigentlich zu gucken, was machen andere Volkswirtschaften, die vergleichbar sind und ähnlichen Wohlstand haben, ähnliches Absicherungsniveau haben und dann kann man gucken: Wenn wir wesentlich mehr Geld ausgeben, dann ist vielleicht irgendwas nicht in Ordnung. Wenn man das so sich ansieht, dann liegen wir bei diesen OECD-Ländern, also den reichen Industrieländern, ich würde so sagen, im Mittelfeld. Da sind ein paar Länder, die sind deutlich höher. Also Frankreich mit 31,6 %. Italien, Österreich hat 29,4 %, Finnland, Belgien, Spanien, die liegen alle ein Stück höher. Und dann sind ein paar Länder, die liegen knapp darunter Dänemark, Portugal, Griechenland, Schweden. Und wir liegen da in der Mitte, ohne dass es da irgendeine Auffälligkeit gäbe.

Marco Herack:

Weniger freundliche Leute würden vielleicht sagen Oberes Drittel, oder?

Sebastian Dullien:

Ja, also. Ja, ja, okay, vielleicht.

Marco Herack:

Also ich will ja nur der Kritik jetzt schon mal vorweggreifen. Also im ersten Drittel vielleicht, und da war am unteren Ende wiederum. Ist so ein bisschen ja, ich mein.. So vielleicht mal zum Vergleich: Unter uns liegt Dänemark mit 26,2 % und über uns liegt Spanien mit 28,1 %. Da kann man, glaube ich, schon daraus schließen, dass das irgendwie jetzt alles nicht so brennend ist. Was mir aufgefallen ist, als du die 1.000 Milliarden Euro gesagt hast, Sebastian, ist ja auch das, was wir sehr oft hören. Da werden irgendwelche nominalen Zahlen genannt. Also da stellt sich dann der Christian Lindner wieder hin und sagt, so und so viel Milliarden haben wir jetzt

wieder mehr ausgegeben. Also nominale Zahlen bei sowas. Vor allen Dingen, wenn man Inflation hat, die sind doch Quatsch zu verwenden, oder?

Sebastian Dullien:

Ja. Ja, das stimmt. Und das kommt aber leider immer wieder vor. Das kommt vor, wenn man jetzt sagt, na ja, wir haben Rekordsteuereinnahmen und dann haben wir Rekord Sozialausgaben. Das Interessante ist, dass ich ganz selten lese: Wir haben Rekord-Selbstständigengewinne oder Rekord-Unternehmensgewinne. Die sind schon wieder wie jedes Jahr gestiegen. Oder? Rekord-Bruttoinlandsprodukt. Das sagt ja auch keiner, weil das einfach Unfug ist. Weil, wie du richtig gesagt hast, die Preise sind gestiegen und möglicherweise kann der Staat von diesem gleichen Geld jetzt weniger kaufen als im vergangenen Jahr. Also ich würde ja auch nicht sagen, du kriegst jetzt 15 Euro pro Stunde, das ist dein Stundenlohn und vor 20 Jahren hattest du weniger. Und das ist jetzt ein Rekordstundenlohn. Und warum stellst du eigentlich an? Muss doch dann reichen. Also das ist ja ein Argument, was man woanders auch nicht bringen würde. Aber komischerweise bringt man das dann bei den Sozialausgaben und beim Staat.

Marco Herack:

Eine andere Sache, die hatte ich in der Anmoderation schon erwähnt, ist diese Geschichte. Wenn wir jetzt bei den Sozialausgaben sparen, dann können wir damit der Wirtschaft helfen. Das ist so ein Ding, was ich, also ich verstehe diesen Link nicht so richtig, ehrlich gesagt. Also wenn ich da bei den Hartz-IV-Empfängern irgendwie noch mal 10 Euro bei jedem rausquetsche und dann irgendwo 500 Millionen Euro gespart habe, gut, die muss ich dann vielleicht woanders in der aktuellen Lage nicht kürzen. Aber das ist doch jetzt.. Also weißte was ich meine? Das ist doch jetzt nicht kriegsentscheidend.

Sebastian Dullien:

Nee, und das ist mir bei der ganzen Diskussion um die Schuldenbremse auch aufgefallen. Ich hatte ein paar Podiumsdiskussionen oder Diskussionen, wo dann auch Unternehmensvertreter und Vertreterinnen saßen. Und dann ging es darum: Ja, man muss den Sozialstaat jetzt richtig kürzen. Das ist das, was man tun muss. Und dann fingen sie so an: Ja, wenn man nur 10 % der Bürgergeldempfangenden, wenn man die wirklich jetzt in Arbeit kriegen würde, dann wäre schon sehr viel gewonnen. Und dann fragt man ja: Wieviel meinen Sie denn, wäre dann so gewonnen von den 20 Milliarden, die uns fehlen. Und die haben überhaupt gar keine Ahnung. Fürs Bürgergeld geben wir etwas mehr als 20 Milliarden insgesamt aus. Das heißt, wenn es jetzt wirklich um 10 % kürzen würde, einfach nur rechnerisch. Und auch die Mieten und Kosten der Unterkunft, was völlig unrealistisch ist, weil die Leute dann ja ihre Miete nicht zahlen könnten. Aber da sind wir bei relativ kleinen Beträgen und die richtig großen Beträge bei diesem Sozialstaat, das sind so Sachen wie Ausgaben fürs Gesundheitssystem und die Renten.

Wie gesagt, die Renten sind ein bisschen durchlaufender Posten. Da gibt es Rentenbeiträge und die werden jetzt umverteilt. Können wir wann anders darüber sprechen. Aber so richtig schnell kann man da eigentlich auch nicht viel machen. Und beim Gesundheitswesen? Die meisten Leute, die jetzt mit dem Gesundheitssystem bei uns zu tun hatten, die würden wahrscheinlich nicht sagen: Wir haben einfach viel zu viel Ärzte. Man kriegt zwar jetzt schon keinen Termin, aber lass uns da vielleicht mal 10 % kürzen. Das sind ja auch nicht die Vorschläge, sondern wahrscheinlich kann man im Gesundheitssystem auch durch Digitalisierung und bessere Organisation was machen. Aber auch das ist nichts, womit man jetzt kurzfristig große Summen freisetzen könnte.

Da ist so die Idee, dass das Geld, was im Sozialsystem ausgegeben wird, dass das ja nutzlose Verschwendung ist und dass es besser wäre, wenn man dafür gar nicht erst Abgaben und Steuern zahlen müsste.

Marco Herack:

Vor allem würde denn so eine Kürzung, also, hat man da überhaupt Evidenz, dass so eine Kürzung dann dazu führen würde, dass jetzt plötzlich alle sagen: Oh, ich muss jetzt aber unbedingt arbeiten, die vorher aus diversen Gründen gesagt haben, ich kann nicht arbeiten.

Sebastian Dullien:

Also ich glaube, du hast dazu eine Folge auch mit Bettina gemacht.

Marco Herack:

Ja.

Sebastian Dullien:

Also ich glaube, so ganz kurzfristig geht das ohnehin nicht. Aber mein Verständnis ist auch, dass das eigentliche Argument gar nicht das ist, dass man jetzt glaubt, dass dann die Leute alle arbeiten werden. Denn ich meine, es ist ja auch so, wenn wir sagen, uns fehlen die Fachkräfte, dann muss man sich ja auch die Frage stellen, sind das eigentlich, die da Bürgergeld erhalten und möglicherweise deswegen nicht arbeiten, sind das jetzt eigentlich die Fachkräfte, die uns fehlen? Oder sind da vielleicht ziemlich viele nicht ganz so qualifizierte Menschen dabei, wo jetzt auch der Effekt aufs Wirtschaftswachstum nicht so wahnsinnig groß wäre, wenn die noch arbeiten würden. Ich glaube, es geht eher um was anderes. Es geht um so was Moralisches, dass da irgendwie mitschwingt. Ja, Sozialausgaben sind einfach eine Geldverschwendung.

Marco Herack:

Gar nicht so sehr um eine realistische Betrachtung, meinst du?

Sebastian Dullien:

Nee, nee. Also da habe ich, da habe ich wirklich Zweifel. Also gerade bei diesen Menschen, mit denen ich da zuletzt auf dem Podium saß, weil Sie ein Unternehmen managen, glauben, dass sie auch Wirtschaftspolitik gut beraten könnten. Die haben überhaupt gar keine Ahnung von den Größenordnungen, von denen wir hier sprechen.

Marco Herack:

Aber es gibt ja Länder, die haben geringere Sozialausgaben, also zum Beispiel die USA oder die Schweiz. Und ich habe, soweit ich das höre, in der Schweiz geht es ja auch vielen gut. Also da scheint ja was richtig zu laufen.

Sebastian Dullien:

Ja, du hast noch ein Land vergessen, was auch bei uns unten auf der Tabelle weit unten ist. Die Niederlande. Und in der Diskussion werden tatsächlich diese Länder auch oft dann hochgezogen, und dann wird gesagt: Guckt euch doch die Niederlande an, da ist diese Quote viel niedriger und das ist auch kein unsoziales Land. Und der Punkt, sowohl bei den USA wie auch bei den Niederlanden und der Schweiz ist: Da ist die Krankenversicherung zum großen Teil privat organisiert.

Das heißt aber zum Teil nicht, dass man sich entscheiden kann, dass man eine haben möchte oder nicht, sondern zum Beispiel in der Schweiz und Niederlanden: Da muss man eine private Krankenversicherung kaufen. Das ist auch sehr, sehr hoch reguliert. Also, was die zahlen dürfen, ist festgelegt. Was sie einnehmen dürfen, ist festgelegt, aber es ist eben privatwirtschaftlich organisiert. Da sagt jetzt die OECD: Naja, also ob ich jetzt bei der AOK verpflichtend Mitglied bin oder in der Schweiz, in Niederlande bei einer privaten Krankenversicherung, das ist eigentlich für den Bürger, die Bürgerin ziemlich egal. Und von daher müsste man, sollte man, so die OECD, für bestimmte Vergleiche das auch mit dazuzählen, also nicht nur die staatlichen Sozialausgaben, sondern auch die Sozialausgaben, die vom Staat vorgeschrieben sind und privatwirtschaftlich organisiert werden.

Wenn man das dann zusammenrechnet, in Deutschland gibt es das ja übrigens auch. Wir haben auch eine private Krankenversicherung. Das macht ein paar Unterschiede für die Leute, die da versichert sind. Aber im Großen und Ganzen: Der Beitrag, den du zur privaten Versicherung zahlst, ist für dich genauso eine Belastung wie der Beitrag, den du zur gesetzlichen Krankenversicherung zahlst. Und darum macht es Sinn, für so internationale Vergleiche, das zusammen zu nehmen. Also die staatlichen Sozialausgaben und die vorgeschriebenen privaten Sozialausgaben. Bei der Schweiz sind wir dann tatsächlich noch nicht ganz da, wo wir in Deutschland sind. Da sind wir bei 28,7 %, bei Deutschland bei 30,4 %. Aber ein interessanter Fall sind die Niederlande und die USA. Auch die USA. Jetzt, wo man eigentlich immer denkt, die haben einen sehr kleinen Sozialstaat. Wenn man diese Sachen in den USA zusammenrechnet, dann liegen die USA sogar mit den Sozialausgaben höher

als Deutschland. Also diese öffentlichen und die vorgeschriebenen und freiwilligen privaten Ausgaben zusammen sind in den USA 30,6 % und bei uns 30,4 % des Bruttoinlandsproduktes.

Marco Herack:

Das heißt ja im Grunde, dass wir, also wenn man das sich so alles im Detail etwas anschaut, dann doch wesentlich weniger staatsbelastet oder den Staat belasten mit Sozialausgaben, als es so allgemein hin angenommen wird.

Sebastian Dullien:

Ja, also das würde ich auch so sehen. Wir tun halt das, was moderne, reiche Industrieländer im Allgemeinen machen. Wir liegen da nicht weit weg von und vielleicht kann man da Sachen effizienter und besser organisieren. Aber es ist jetzt nicht irgendwie das, was man manchmal bei der öffentlichen Debatte für ein Gefühl bekommt, dass wir da der große Ausreißer sind.

Angemerkt: Es kann ja auch schlecht dann der Grund sein für die Wachstumsschwäche, wenn alle anderen Länder genauso einen großen Sozialstaat haben oder vielleicht sogar noch einen größeren. Und die wachsen besser als wir, dann ist irgendwie schwierig zu sagen: Die Wachstumsschwäche kommt von der Größe des Sozialstaates.

Marco Herack:

Okay, aber vielleicht war es ja früher alles besser. Also vielleicht hat ja Deutschland in den letzten 20 Jahren einfach seinen Sozialstaat massiv ausgeweitet.

Sebastian Dullien:

Auch das stimmt nicht. Das haben wir uns auch angeguckt. Tatsächlich sind die deutschen Sozialausgaben in den letzten 20 Jahren sogar ein ganzes Stück langsamer gewachsen, inflationsbereinigt, als in den anderen Ländern. Wenn man sich jetzt die Quote anguckt über die letzten 20 Jahre, dann ist das heute ungefähr das gleiche Niveau wie vor 20 Jahren.

Da gab es dann ein bisschen auf und ab. In den Krisen, üblicherweise gehen die Sozialausgaben relativ zum Bruttoinlandsprodukt nach oben. Das hat zwei Gründe. Erstens: Wenn wir so Dinge wie Kurzarbeitergeld, das heißt, wenn es der Wirtschaft schlecht geht, dann wird davon mehr gezahlt. In der Covid-Pandemie haben auch die Krankenversicherungen natürlich mehr bezahlen müssen. Da gab es Kranke, da gab es Tests. Usw. Wir wissen das alle. Und dazu kommt ja: Das Bruttoinlandsprodukt ist in diesen Krisen immer gefallen und wenn man einen Bruch hat und der Nenner, also das, was unten steht, kleiner wird, dann wird der Bruch automatisch größer. Das heißt, wir sehen tatsächlich in diesen Jahren, insbesondere im Jahr 2020, wo der Höhepunkt des Wirtschaftseinbruchs nach der Corona-Pandemie oder durch die Corona-Pandemie war, da sehen wir einen massiven Anstieg der

Sozialausgaben relativ zum Bruttoinlandsprodukt. Und dann haben wir dann eine Korrektur 2021 und 2022, und für 2023 haben wir noch keine Zahlen, die wir da vergleichen können.

Marco Herack:

Das heißt, es hat sich überhaupt nicht verändert in der Quote? Hast du gerade eben gesagt.

Sebastian Dullien:

Ja, es gab so ein Auf und Ab. Wir hatten zwischendurch Jahre, wo es dann eine Zeit lang niedriger war, und dann ging es wieder ein Stück aufwärts. Aber so im Großen und Ganzen haben wir uns in 20 Jahren seitwärts bewegt.

Marco Herack:

Okay, du hast aber auch gesagt, inflationsbereinigt.

Sebastian Dullien:

Inflationsbereinigt sind die Ausgaben wesentlich langsamer gestiegen als in anderen Ländern. Aber das Wirtschaftswachstum war auch ein bisschen langsamer bei uns als in den anderen / als in einigen anderen Ländern. Aber diese Quote, also der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt, das ist praktisch eine Seitwärtsbewegung gewesen in der Zeit.

Und ich muss jetzt dazu sagen, das hat mich auch überrascht. Also, als ich diese Zahlen, als wir angefangen haben, uns die Zahlen anzugucken, habe ich gedacht: Naja, also kann eine ganze Reihe von Dingen aufzählen, die heute großzügiger sind als vor 20 Jahren. Also da ist bestimmt die Sozialausgabenquote ein bisschen gestiegen. Beim Elterngeld. Wir haben Kitas, früher gab es auch eine Praxisgebühr, alles weggefallen. Da hätte ich jetzt gedacht, das sieht man in den Zahlen. Und da fand ich eher überraschend, dass man das eben in den Zahlen so nicht sieht.

Marco Herack:

Vor allen Dingen bedeutet das ja, dass wir eine Diskussion über etwas führen, was so gar nicht da ist, wie es behauptet wird. Wir hören ja ständig die Sozialausgaben wachsen, sie wachsen uns vor allem über den Kopf und wir werden alle sterben und die Wirtschaft wird erdrückt. Und das ist ja eine Fantasie, über die wir da jetzt reden.

Sebastian Dullien:

Ja, also zumindest bisher. Also das ist, wir werden auch noch mal über die Rente wahrscheinlich in einer anderen Folge reden. Wir haben natürlich Projektionen, dass die Rentenausgaben irgendwann steigen, werden, deutlich steigen werden. Übrigens haben wir diese Projektionen schon seit 15 Jahren, mindestens. Also ich erinnere mich an 2007 / 2008, wo wir auch diese Projektionen hatten. Das ist meistens so nicht eingetreten, aber man muss einfach jetzt erstmal festhalten: Bisher ist das

so nicht gekommen. Und diese Diskussion, die wir da führen, scheint mir eine Phantomdiskussion zu sein.

Und das Interessante ist, wir haben auf X, also im früheren Twitter, da haben wir natürlich auch diese Grafiken und so gezeigt und was da für Kommentare kommen, das ist schon krass. Also Leute, die dann sagen: Ja, aber wichtig ist doch die absolute Zahl. Und außerdem, ich weiß doch, dass der Staat so viel Geld für Soziales ausgibt, da brauchen wir doch keine Zahlen. Also so, wo du den Eindruck hast, das ist jetzt schon ziemlich realitätsentkoppelt, was, was da stattfindet.

Marco Herack:

Gut, ich will noch eine weitere Zahl hier reinwerfen: Die Staatsquote. Wie hat die sich denn entwickelt? Vielleicht liegt es daran, dass alle auf die Staatsquote gucken und die ist weggerauscht nach oben.

Sebastian Dullien:

Auch da. Wenn man das jetzt so anguckt, von Mitte der 90er Jahre bis jetzt, das ist eine Seitwärtsbewegung im Großen und Ganzen. Wir haben jetzt noch Also 2023, lagen wir jetzt höher als meinetwegen 2003, ist aber auch nur marginal. Und dann hatten wir so eine Phase von 2010 bis vor Corona, wo es ein bisschen niedriger war. Aber wir hatten auch in den 1990er Jahren Jahre, wo die Staatsquote höher war. Also auch da haben wir im Trend, würde ich sagen, eine Seitwärtsbewegung. Zumal man ja nicht vergessen darf, 2023 war noch ein Krisenjahr. 2023 war ein Jahr, wo der Staat noch ziemlich viel Geld in die Hand genommen hat für die Energiepreisbremsen und diese ganzen Folgen des Ukrainekrieges. Und selbst da ist es jetzt nicht wahnsinnig hoch, was die Staatsquote insgesamt ausmacht. Knapp unter 50 %.

Jetzt sagen natürlich Leute, das ist mir alles zu viel. Das kann man natürlich auch gut als Position machen. Nur man muss dann irgendwie sagen: Ja, war es dir dann eigentlich vor 30, vor 35 Jahren nicht auch zu viel und warum denn dann da nicht und aber jetzt? Auch da ist das eher eine Seitwärtsbewegung. Und man muss noch dazu sagen, das sind jetzt nicht die riesengroßen Summen, aber wir haben natürlich ein paar Sonderbelastungen, die auch in den Staatsfinanzen auftauchen. Also die Ukraine wird unterstützt, auch militärisch, mit Militärhilfe. Das kostet Geld. Dann haben wir. Deutschland gehört zu einem der Länder auf der Welt, die zurzeit die meisten Flüchtlinge beherbergt. Also wir haben nach diesen, wie sagt man, Flüchtlingswellen darf man, glaube ich nicht sagen, aber nach den großen Flüchtlingsströmen 2015 usw. hatten wir jetzt noch den Zustrom der Geflüchteten aus der Ukraine. Und wenn man das alles zusammennimmt, haben wir ganz schön viele Flüchtlinge im Land.

Das kann man jetzt gut oder schlecht finden, aber wenn man die Staatsausgaben beurteilt, muss man einfach sagen: Ja, die sind da. Die müssen ja irgendwie

versorgt werden. Das ist einfach eine Zusatzbelastung. Wenn man alles damit rein rechnet, dann ist eigentlich die Staatsquote erstaunlich wenig gestiegen, würde ich sagen.

Marco Herack:

Ja, weil es woanders halt dann noch stärker runtergegangen ist. Aber vielleicht haben wir auch einfach zu viele Beamte oder zu viele Leute im öffentlichen Dienst. Wie schaut es denn da aus?

Sebastian Dullien:

Ja, ich meine, das ist ...

Marco Herack:

Ich versuche irgendwas zu finden. Wo diese Diskussion herkommt.

Sebastian Dullien:

Das haben wir ja auch getan. Und darum war ich bei einigen der Zahlen auch ziemlich überrascht. Auch bei der öffentlichen Beschäftigung. Da hat sich was getan. Aber man muss verschiedene Dinge mit beachten.

Also erstens, die deutsche Bevölkerung ist ziemlich deutlich gewachsen in den letzten Jahren. Wir hatten jetzt fast 85 Millionen Menschen im Land leben. Das ist deutlich mehr als noch vor 10, 15 Jahren. Und die Beschäftigung insgesamt ist gestiegen. Wenn man das jetzt sich anguckt, also die OECD hat so einen Indikator, da sagt sie: Ja, was ist eigentlich der Anteil der staatlichen Beschäftigung an der Gesamtbeschäftigung? Weil, ich meine logischerweise, wenn mehr Menschen bei den Unternehmen beschäftigt sind, dann braucht man wahrscheinlich auch mehr Leute, die bei der Rentenversicherung oder bei der Krankenversicherung die Abrechnungen machen. Finde ich jetzt nicht unplausibel, wenn mehr Menschen im Land leben, dann wird man ja erwarten, dass man auch mehr Lehrerinnen und Lehrer und vielleicht auch mehr Polizistinnen und Polizisten und so was braucht. Wenn ich sage, ich brauche 1 % Polizisten, ich habe keine Ahnung, ob das irgendwie stimmt, und ich habe doppelt so viel Bevölkerung, dann brauche ich halt doppelt so viele Köpfe an Polizisten. Das heißt eigentlich, wenn der Staat sich jetzt massiv ausdehnen würde, dann müsste man steigende Staatsbeschäftigung relativ zu der Gesamtbeschäftigung sehen.

Und auch das sehen wir nicht. Also tatsächlich ist der Anteil der öffentlichen Beschäftigung an der Gesamtbeschäftigung, wenn man jetzt auch wieder zehn Jahre zurückgeht oder so, da haben wir leider nicht die Zahlen, die sehr weit zurückgehen, aber dann ist es sogar gefallen. Also wir haben heute einen kleineren Anteil der öffentlichen Beschäftigung, als wir das 2007, 2008 bis 2010 hatten.

Marco Herack:

Wobei das vielleicht sogar ganz gut zu erklären ist, weil man ja lange gedacht hat, man wird weniger Menschen in Deutschland haben, sich darauf eingestellt hat und jetzt natürlich auch so schnell gar nicht die Leute beibekommt, um aufzustocken. Zumal ja die Gehälter der im öffentlichen Dienst Beschäftigten jetzt auch nicht so überragend sind.

Sebastian Dullien:

Also ich, ich wollte jetzt auch gar nicht sagen, es gibt keine Erklärung dafür, nur wenn man so manche Kommentare in der Presse liest. Ich habe da einen Kommentar gelesen. Da stand: Also der Staat, der weitet sich aus. Und das ist nicht nur ein Problem, weil er eben immer mehr Geld verbraucht, sondern es ist auch ein Problem, weil er jetzt der Wirtschaft die Beschäftigten wegnimmt. Ja, wenn der Staat die einstellt, dann können die natürlich nicht mehr in der Wirtschaft arbeiten. Und wie gesagt, das ist auch von diesen Daten absolut nicht gedeckt.

Wenn ich jetzt so Twitter lese, kann ich zum Teil sehen, woher so Eindrücke kommen. Also dann wird meinetwegen ein Bundesministerium oder die Bundesregierung, die Ministerien insgesamt, die werden sich angeguckt. Und dann wird gesagt: sind so und so viele Stellen geschaffen worden und vielleicht noch ein paar gut bezahlte Stellen. Und daraus wird dann geschlussfolgert, dass der ganze Staat wächst. Dass aber mehr die meisten Beschäftigten in Kommunen und im Land, in den Ländern sind und dass da viel weniger passiert ist und dass vielleicht auch manchmal Verlagerung von Aufgaben gegeben hat, das wird da unter den Tisch gekehrt. Also ich habe da den Eindruck, dass da schon auch manche Leute selektiv Zahlen benutzen, um so eine Stimmung gegen den Staat zu machen.

Marco Herack:

Ja, gut, auf Twitter würde einen das ja vielleicht gar nicht so sehr stören, aber wenn man da einen Artikel in der Zeitung liest, die diese Sachen nicht weiter verfolgen, sondern dann einfach so als gesetzt hinnimmt, dann finde ich das schon schwierig, um es mal vorsichtig auszudrücken. Das ist ja dann vielleicht auch nicht unbedingt der Jobbeschreibung entsprechend.

Also im Fazit kann man wirklich sagen, das, was wir in der Diskussion sehen, finden wir nicht in den Zahlen. Das heißt, im Grunde müsste man diese Diskussion ganz neu aufmachen. Weil es ist ja legitim zu sagen, der Staat hat ja erst mal aus meiner Sicht zu viel Angestellte und es kostet alles zu viel. Aber ich glaube, da müssten dann die Begründungen andere werden, wenn man da glaubhaft irgendwas vermitteln will.

Sebastian Dullien:

Ja, also ich stimme dir da völlig zu. Das ist schon komisch, auf welcher Ebene man da jetzt diskutiert. Und ich würde ja auch zustimmen, dass viele Dinge nicht so

funktionieren, wie man es gerne hätte. Also dass zum Beispiel manchmal man zu lange auf den Personalausweis usw. wartet. Andererseits, wenn ich jetzt die Zahlen mir angucke, dann werden die Gründe ja klarer. Also wenn eigentlich die öffentliche Beschäftigung relativ zu der Gesamtbeschäftigung fällt, dann ist es eigentlich logischer, dass man irgendwo Engpässe erwarten würde. Und eigentlich sollte man darüber die Diskussion führen. Was läuft hier eigentlich falsch, dass die Leistungen nicht so erbracht werden, wie man sich das gerne wünschen würde? Aber ich fürchte, da hilft dann auch nicht, wenn man irgendwo noch mal 5 % rauskürzt oder so.

Marco Herack:

Ja gut, wir wissen ja, zum Beispiel bei Bauplanern gibt es eher einen Mangel, also da gibt es einfach zu wenig Leute, weil man die halt früher rausgeworfen hat usw. Jetzt muss man sie wieder reinstellen, aber da verdienen sie so wenig, dass es dann wieder u.s.w. Also viele Probleme sind ja durchaus bekannt. Aber gut, ich glaube, für heute können wir mit dem Fazit rausgehen. Wir finden zumindest nicht die Zahlen, die zu Diskussionen da sind und hoffen, dass es jetzt irgendwie besser wird mit der Diskussion.

Sebastian Dullien:

Man würde sich das wünschen. Leider scheint mir das in den letzten Monaten oder Jahren zu sein, dass die Diskussionen immer weiter entgleisen. Und wer sich das angucken möchte. Das ist nur ein Vierseiter, wo die Grafiken drin sind. Also man kann sich das gerne angucken. Man kann auch gerne noch mal bei der OECD oder bei der Europäischen Kommission, die so internationale Statistiken, vergleichende Statistiken erheben, nochmal nachgucken. Wer es nicht glauben möchte, kann gerne noch mal die Quellen konsultieren.

Marco Herack:

Mit dieser erkenntnisreichen Ratlosigkeit, also Erkenntnis im Sinne der Zahlen. Ratlosigkeit über die Debatte. Sebastian Dullien, vielen Dank für das Gespräch.

Sebastian Dullien:

Danke Dir, Marco, für die Moderation.

Marco Herack:

Ja, wenn ihr dazu noch ein paar Gedanken habt, warum, wieso, weshalb sendet sie uns? @boeckler_de ist unser Händel auf X, dem ehemaligen Twitter und systemrelevant@boeckler.de ist unsere E-Mail-Adresse. Da könnt ihr alles hinschicken, was euch in den Sinn kommt. Auch gerne Lob oder eben Unmut. Und wir freuen uns natürlich, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Wenn ihr Sebastian auf Twitter folgen möchtet, dann findet ihr ihn dort als @SDullien, also Sebastian Dullien. Vielen Dank fürs Zuhören. Euch eine schöne Zeit und bis bald mal wieder. Tschüss.

Sebastian Dullien:
Danke. Tschüss.